

Pressemitteilung Stadt Borkum 19.04.2013

Naturschutzrechtliche Genehmigung für RWE-Kohlekraftwerk bleibt bestehen

Wie die Provinz Groningen bekannt gegeben hat, wird die naturschutzrechtliche Genehmigung für das RWE-Kohlekraftwerk im Eemshaven aufrecht erhalten. Nach Prüfung der Begründung wird die Stadt Borkum voraussichtlich gegen die Entscheidung vor dem höchsten niederländischen Gericht, dem Raad van State, klagen.

Bereits 2011 entzog der Raad van State die naturschutzrechtliche Genehmigung und forderte dazu auf, die Natur im deutschen Wattenmeer eingehender zu untersuchen. Dies geschah nicht. Vielmehr wurde nach Auffassung der Stadt Borkum systematisch die intensivere Untersuchung umgangen. Es wird der Verdacht geweckt, eine Flora Fauna Habitat-Verträglichkeitsprüfung gezielt vermeiden zu wollen. Die Entscheidung der Provinz Groningen, die naturschutzrechtliche Genehmigung aufrecht zu erhalten, ist demzufolge nicht nachvollziehbar.

Die vorliegenden Gutachten der RWE Eemshaven Holding B.V. weisen eine große Anzahl von Mängeln auf. Viele Lebensräume und Arten wurden überhaupt nicht untersucht. Wurden Untersuchungen vorgenommen, erfolgte eine pauschale Einstufung als „unempfindlich“ oder „irrelevant“. Negativ fällt in den Gutachten zudem auf, dass Grenzwerte zur Beurteilung von Festlandslebensräumen auf das Wattenmeer angewendet wurden.

Der ökologische Zustand der Natur im Emsästuar ist überwiegend mangelhaft. Wichtige europäische Umweltgesetze verbieten eine Verschlechterung und verlangen eine Wiederherstellung eines günstigen Zustands. Das jedoch ist unvereinbar mit den langfristigen Einträgen von zehntausenden Tonnen Stickstoff und Schwermetallen über 40-50 Jahre Kraftwerkslaufzeit. Sieben Schutzgebiete im Wattenmeer weisen deutlich darauf hin, dass hier keine langfristigen Emissionen eines Kohlekraftwerks erfolgen dürfen. RWE hat dies bislang nicht erkannt.

In Deutschland sind laut Bund für Umwelt und Naturschutz in den letzten Jahren fünfzehn Kohlekraftwerke aufgrund von Protesten gescheitert, bei sechs Standorten stehen die Neubaupläne vor dem Aus. Inzwischen liegt eine Resolution der sieben Ostfriesischen Inseln gegen das Kohlekraftwerk Eemshaven vor. Am Beschwerdeverfahren haben neben den Ostfriesischen Inseln auch viele Kommunen vom Festland teilgenommen. Die Bemühungen in der Region tragen bereits vorzeigbare Erfolge. In Eemshaven werden zwei Kohlekraftwerke nicht mehr gebaut, davon wird ein Kraftwerk in ein Gaskraftwerk umgewandelt. In Emden wird das Dong Kohlekraftwerk nicht gebaut, ebenso entfallen die Planungen für ein Kohlekraftwerk in Dörpen (Emsland). In Wilhelmshaven wird ein zweiter Kraftwerksblock als Erweiterung des bestehenden Kohlekraftwerkes nicht gebaut.